

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 2

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Stolpersteine bei der Bundesratswahl

Es ist in unserem Lande unterschiedlich schwierig, Bundesrat zu werden. Am besten kommt man im schweizerischen Bundesstaat nach aller bisherigen Erfahrung als Waadtländer auf die Welt, wird Stadtpräsident von Lausanne — manchmal «genügt» auch die Wahl in die Kantonsregierung —, lässt sich dann in den Nationalrat wählen (gelegentlich ist auch dies, wie in den fünfziger Jahren bei Staatsrat R. Rubattel, bereits überflüssig), und schon sitzt man im Bundesrat. Als Parteifarbe empfiehlt sich dabei freisinnig, ausnahmsweise kann es aber auch einem sozialdemokratischen Syndic (wie Pierre Graber) «reichen».

Wer «See-abwärts» oder «Rhone-aufwärts» auf die Welt kommt, sieht sich als Genfer respektive Walliser schon in einer wesentlich ungünstigeren Ausgangslage. Dafür stehen im Kanton Bern seit der Gründung der «Mingerpartei» in den zwanziger Jahren die Sterne für «SVP-Geborene» besonders gut. Der Kanton Zürich ist ebenfalls traditionell hervorragend bedient, allerdings weniger «einfarbig» als Bern und Waadt, war doch der «Zürcher Sitz» in den letzten 45 Jahren während zweier Jahrzehnte in sozialdemokratischen Händen (Nobs, Weber, Spühler).

Betrachtet man nun die Ausgangslage für die Bundesratswahl vom 1. Februar, so spürt man neben der gesetzlichen Vorschrift «Nur *ein* Vertreter aus ein und demselben Kanton» weitere Kriterien heraus, die ungeschrieben und vor allem auch wandel-

oder auswechselbar sind. Da ist zum Beispiel das «ideale Alter». Als Fritz Honegger 1978 die Leitung des Volkswirtschaftsdepartements übernahm, stiess sich niemand daran, dass er an der Grenze seines siebten Lebensjahrzehnts stand. Auch bei der Wahl der Herren Friedrich und Egli fünf Jahre später war ihr relativ vorgerücktes Alter kaum ein Thema — jedenfalls kein negatives, denn viele waren im Hinblick auf aktuelle Erfahrungen der Meinung, zu «junge» Bundesräte blieben zu lange, machten ihre Departemente personalpolitisch zu «Erbhöfen» und blockierten den Nachwuchs in ihren Regionen und Parteien allzu dauerhaft.

Diesmal tönt es nun ganz anders. Das sechzigste Alterjahr scheint, unabhängig vom «Fitness-Stand» möglicher Kandidaten, zur magischen Grenze geworden zu sein. Der Ruf nach «langfristigen» Lösungen ist unüberhörbar, wobei unterschiedliche weitere Motive mit hineinwirken. Zum Beispiel dies, dass damit im Falle der Wahl eines jüngeren Nichtzürchers der ungeliebte zürcherische «Wirtschaftsfreisinn» womöglich auf Jahrzehnte hinaus «weg vom Fenster wäre», weil in der Zwischenzeit eine andere Zürcher Kantonalpartei, in vorderster Front die sozialdemokratische, wiederholt zum Zuge kommen könnte.

Auch Überlegungen der «politischen (und parteipolitischen) Geographie» werden in diesen Tagen selbstverständlich in reichem Masse angestellt. Ist für die traditionelle Inner-

schweizer Mehrheitspartei CVP ein freisinniger Bundesrat aus einem ihrer Stammlande tragbar? Ständerat Kündig hat in diesem Zusammenhang die Gegenfrage gestellt, ob denn ein CVP-Bundesrat aus dem Kanton Zürich denkbar wäre. Mit Ständerat Rüesch, einem langjährigen, höchst populären «starken Mann» in der St. Galler Regierung, wollten ferner die Ostschweizer ihrerseits einen sehr poten-ten Kandidaten präsentieren. Er hat mit Hinweis auf die «Altersgrenze» abgelehnt, wäre aber möglicherweise auch auf eine weitere «Schranke» auf-gelaufen: Mit seiner allfälligen Wahl wäre die äussere Ostschweiz zusammen mit Bundesrat Koller überbesetzt worden, gleich wie es heute die westliche Deutschschweiz mit Ogi und Stich ist, während der zentrale Wirtschaftsraum mit der ganzen Innerschweiz sowie den Kantonen Aargau, Zürich, Schaffhausen und Thurgau nicht mehr vertreten gewesen wäre.

Der «Fall Rüesch» ist übrigens noch unter einem anderen Aspekt interes-sant: Rüesch ist wie Koller St. Galler Bürger, und beide hatten auch zeit-lebens in St. Gallen ihren beruflichen Schwerpunkt. Beide wären aber gleich-zeitig wählbar, weil Koller in Appenzell Innerrhoden wohnt und von dessen Bürgern in den Nationalrat gewählt worden war. Auch die da und dort erwogene Nomination von Staatssekretär Blankart wiese Besonderheiten auf, die kaum allgemein bekannt sein dürf-ten: Er ist Luzerner Bürger, lebt und arbeitet aber in Bern. Würde seine Tätigkeit als Chef des Bundesamts für Aussenwirtschaft als «politisch» qualifi-ziert, so wäre er wegen Bundesrat Ogi gegenwärtig nicht wählbar. In Tat und Wahrheit ist er aber als «normaler» Berufstätiger eingestuft, weshalb er

rein formal lediglich dafür sorgen müsste, dass er am Wahltag vom 1. Februar in einem Kanton domiziliert wäre, der gegenwärtig nicht in der Lan-desregierung vertreten ist. Dass eine solche kurzfristig erstellte Wahlfähig-keit politisch weniger leicht zum Tra-gen zu bringen wäre, liegt auf der Hand.

Wenn in einzelnen Medien vom Genfer Freisinnigen Petitpierre die Rede war, so ist dies schon deshalb eher in den Bereich der Gedankenspie-lereien zu verweisen, weil die über vier Millionen Deutschschweizer kaum für eine Regierungsmehrheit der lateini-schen Volksminderheit zu haben wären. In einer Hinsicht allerdings würde der protestantische Genfer Pro-fessor gut ins politische Kalkül passen: Nachdem während langer Jahre die Frage nach der konfessionellen Zuge-hörigkeit nie mehr gestellt worden war, ist die Aussicht auf fünf Katholiken im siebenköpfigen Bundesrat nun plötz-lich wenigstens unterschwellig zu einem Politikum geworden.

Es besteht Grund zur Annahme, dass dieses Argument auch im Falle des Urners Franz Steinegger faktisch stärker gewichtet wird als der offene Vorbehalt gegen seine privaten Ver-hältnisse, die zwar gemäss den heutigen gesellschaftlichen Massstäben bisher nicht das Geringste zu reden gegeben hatten, nun aber um so mehr als «schwerwiegendes» Wahlhindernis herhalten müssen. Der Luzerner Ständerat Kaspar Villiger seinerseits hat den «politisch richtigen» Taufschein. Doch wird beim gegenwärtigen «Ent-hüllungstrend» der Medien zweifellos auch für ihn noch etwas «abfallen», und sei es nur die Tatsache, dass er Unter-nehmer ist und damit ebenfalls zum

politischen «Filz» der schweizerischen Wirtschaft gehört.

Was schliesslich das «Frauenproblem» betrifft, so hat sich hier gegenüber 1984 wohl am meisten geändert. Damals war es ohne Zweifel die «Stunde der Frau». Nach den harten öffentlichen Diskussionen musste auch dem hintersten und letzten Parlamentarier klar sein, dass Hans W. Kopp nicht gerade dem Durchschnittsimage des schweizerischen Politikerehegatten entspricht. Trotzdem stimmte damals eine relativ deutliche Mehrheit des Parlaments für Elisabeth Kopp und nicht für den ebenfalls hochqualifizierten Aargauer Kandidaten Bruno Hunziker.

Diesmal nun stand die Frage zwar selbstverständlich ebenfalls im Raum, doch war sie eine unter verschiedenen anderen. Die Zürcherin Vreni Spoerry jedenfalls wurde von Frauenseite nicht übertrieben stark in Richtung einer Kandidatur gedrängt, was selbstverständlich nichts daran änderte, dass sie nach ihrer Verzichtserklärung trotzdem den Vorwurf zu hören bekam, sie habe «die Frauen» im Stich gelassen. Dieses Echo war allerdings in dem Sinne verschieden nuanciert, als die temperamentvolle Parlamentarierin aus Horgen von vielen in den politischen Frauenbewegungen engagierten Damen offenbar nicht als «eine der ihren» empfunden wird. Dies ganz ein-

fach deshalb, weil sie ihre politischen Mandate nicht als «Frauenrechtlerin» erkämpft hatte, sondern wie ungezählte männliche Kollegen eines Tages auf Gemeindestufe schlicht zu einem Kommissionsamt überredet wurde und dann zum eigenen Erstaunen feststellte, dass ihr die Politik liege — so sehr, dass sich daraus eine glänzende parlamentarische Karriere entwickelte.

Frau Spoerry ist anscheinend auch noch in anderer Hinsicht atypisch. Die Tatsache, dass sie in den letzten Jahren in Verwaltungsräte prominenter Firmen berufen worden ist, machte sie für viele Medienschaffende politisch suspekt — im Gegensatz zu einer Reihe von männlichen Kollegen, bei denen gleiche Sachverhalte in den Augen der gleichen Journalisten kaum der Erwähnung wert erschienen. Die beiden Phänomene scheinen darauf hinzudeuten, dass manche Kreise mit der Positionierung der Frau in Politik und Wirtschaft nach wie vor einige Mühe bekunden.

Rekapituliert man all die hier kurz gestreiften «Rahmenbedingungen» und Kriterien einer Bundesratswahl, dann kann man nur sagen: Glücklich das Land, das es sich leisten kann, sich selbst so viele Stolpersteine bei der Auswahl seiner obersten Regierungsleute vor die Füsse zu rollen und dabei per Saldo doch immer ganz ordentlich regiert zu werden.

Richard Reich

Perestrojka zwischen Rhetorik und Realität

Auf dem ZK-Plenum vom Juni 1987 forderte Gorbatschow eine radikale *Preisreform*. Nach Art 17, Abs. 6, des

neuen Unternehmensgesetzes sollen die Preise in Übereinstimmung mit den «Grundprinzipien der staatlichen Le-

tung und Regulierung» die «gesellschaftlich notwendigen Kosten der Produktion und des Absatzes spiegeln, an Qualität und Gebrauchswert der Produkte orientiert sein, technischen Fortschritt stimulieren und die kaufkräftige Nachfrage reflektieren». Das heisst in sozialistisch unverschlüsselten Worten, dass *die zentrale Bestimmung* der Preise durch Perestrojka nicht angetastet wird. Der Gesetzestext enthält zudem Formulierungen, die aus einer in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts entworfenen «Theorie» stammen. Die Chinesen haben verstanden, dass sie dann, wenn sie ihre Wirtschaft modernisieren und effizienter gestalten wollen, in erster Linie das «Text-Book», aus dem sie bisher ihre ökonomischen Weisheiten geschöpft haben, auswechseln müssen. Und sie haben dies auch getan. Deshalb ist Marx auf dem «Working-level» der chinesischen Reform (Expertengremien) praktisch nicht mehr anzutreffen. In der *Eigentumsfrage* wird ihm noch eine gewisse Referenz erwiesen; und zwar nicht deshalb, weil dem Staatseigentum irgendwelche ökonomische Überlegenheit über das Privateigentum attestiert würde — dieser Glaube ist durch das Verhalten der Staatsbetriebe mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden —, sondern weil die Regierung das letzte Bollwerk einer marxistischen Ordnung (noch) nicht schleifen möchte.

«Sag' mir, welche Reformmassnahmen Du triffst, und ich sage Dir, was von Deiner Perestrojka zu halten ist.» Solange die Preise administrativ festgesetzt werden, ist an eine bessere Nutzung knapper Produktionsfaktoren nicht zu denken. Das Hauptziel auch der sowjetischen Reform, nämlich eine

Steigerung der *gesamtwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit*, eine bessere Faktorallokation, die allein den Wohlstand der Bevölkerung zu heben vermag, ist an eine Wirtschaftsordnung gebunden, die «aus sich selbst heraus» die Entscheidungsträger zu qualitativ besseren Dispositionen motiviert und anreizt. Und dies ist — ein peinlicher Sachzwang in den ordnungspolitischen Zusammenhängen — nur in einem Wirtschaftssystem möglich, das Wettbewerbspreise als *Knappheitsindikatoren* produziert. Mit der Entlassung des Wettbewerbs und der Knappheitspreise aus dem System hat die sozialistische Wirtschaftsordnung gleichzeitig den Zuchtmeister, der für effiziente Handlungsweisen sorgt, in die Wüste geschickt. Administrative Preise provozieren — und um diese Erkenntnis ist nicht herumzukommen — eine verzerrte und suboptimale Faktorallokation. Einen zweiten oder dritten Weg gibt es nicht. Die Preisreform wird, durch diese Optik betrachtet, zur *Schlüsselgröße* einer jeden Reformpolitik. Sie wird zum Massstab, an dem die Reformqualität abgelesen werden kann.

Der verbale Wirbel um die sowjetische Reform ist beträchtlich; sein Druck erzeugt weltweite Wirkung. Wer sich jedoch der Mühe unterzieht, etwas genauer hinzuschauen und emotionslos zwischen Rhetorik und *zielgerichteten Massnahmen* zu unterscheiden, muss zum Ergebnis kommen, dass Perestrojka, weil sie das reformpolitisch äusserst sensible Feld der Preise ausklammert, an der fatalen Leistungsschwäche der Planwirtschaft sowjetischen Typs kaum sehr viel wird ändern können.

Willy Linder

Französische Oligarchie

Die in diesem Jahr zelebrierte und diskutierte Grosse Revolution hatte sehr besondere französische Wurzeln und zugleich Anspruch und Wirkung universaler Natur. Sie war sowohl Sonderweg als Modell, Aufstieg des Citoyen und der Demokratie und Schaffung oder — nach Tocqueville — Fortführung der staatlichen Zentralisierung.

François Furet, der als Historiker, aber auch Kommentator nunmehr einem breiten Publikum bekannt wurde, hat als einer von drei Autoren des Buches *«La République du Centre»* die These vertreten, dass Frankreich von manchen Besonderheiten Abschied nimmt und mit dem Verfall der extremen Ideologien, der stärker empfundenen Gemeinsamkeiten, anderen Demokratien vergleichbarer wurde.

Im November-Dezember-Heft der Zeitschrift *«Le Débat»* nuanciert Furet diese Sicht und geht auf die verstärkte Macht einer Oligarchie hoher Beamter ein, was auch drei andere Mitarbeiter, mit zum Teil genauen Daten, untermauern. Zu Frankreichs nicht eingeebneten, sondern im Gegenteil verstärkten Besonderheiten, gehört die Rolle des Präsidenten, des vom Volk gewählten Monarchen — ob das nun *«Bonapartismus»* genannt wird oder anders —, der mit seinem Einwirken im Bereich der Ernennungen in alle Schlüsselstellungen niemandem Rechenschaft schuldet, also Verantwortung mit Zonen der Nichtverantwortung verbindet. Nicht nur die Gegner und die Satiriker sehen den Herrn des Elysée als einen Monarchen mit seiner Umgebung von Höflingen. Die

freche und geistvolle Chronik der Wahlkampagne des Journalisten Philippe Alexandre, die auch preisgekrönte Romane an Erfolg übertrifft, stellt diesen Hof treffend dar.

Hatte nicht der Chefkritiker von *«Le Monde»*, der seither in die französische Akademie eingezogen ist, Mitterrand als einen der grossen Schriftsteller des Jahrhunderts gepriesen, was keine Literaturgeschichte ratifizieren wird? Und sitzt nicht der Berater Jacques Attali, Verfasser vieler Bücher ungleichen Interesses, im Vorzimmer? Régis Debray, der sich jenseits der Legende des Guerillero einen Namen als Autor macht, greift in einem neuen Buch die französische Politik an — er ist typisch für die Mischung von Revolutionarismus und Nationalismus, hütet sich aber, den Präsidenten in eine Kritik einzubeziehen.

Der populäre Premierminister Michel Rocard ist — das wird in *«Le Débat»* festgestellt — in seiner Funktion schwächer als irgendein Regierungsführer in Demokratien, hängt er doch gleichzeitig vom Parlament und vom Präsidenten ab, der ihn entlassen kann, auch wenn die Kammer ihm die Mehrheit sichert. Einen Premierminister während der ganzen Dauer der Präsidentschaft, sieben Jahre, gewähren zu lassen, würde den Präsidenten in einem Schogunat zum Schattenkaiser degradieren; der Premier kann also auch bei bester Leistung nicht wie Margaret Thatcher mit jener Dauer rechnen, die insbesondere die Reformen in Verwaltung und Unterricht erfordern mögen, bleibt subaltern und darf an Popularität den Wahlmonarchen nicht übertreffen. Das war die Ursache von Pompidous

Sturz als Premierminister, aber auch seines Aufstiegs als Präsident; der genannte Philippe Alexandre hatte diesem «Duell» seinerzeit gleichfalls ein Buch gewidmet.

Unter den Ministern, ihren Kabinetten, ihrer «Umgebung» waren bisher, wenn die Sozialisten an die Macht kamen, die Lehrer am stärksten vertreten. Das ist unter Rocard nicht der Fall. Doch Diplomierte der ENA (Ecole Nationale d'Administration), Finanzinspektoren, Staatsräte sind in vielfacher Weise im Mittelpunkt. Sie werden von oben herangezogen, später gelingt ihnen auch der Einzug in die Kammer, und vielen von ihnen — der noch junge Alain Minc wird da meist als Beispiel genannt — gelingt auch, Bestseller zu schreiben und Medienpräsenz zu gewinnen. Sie arbeiten Gesetze aus, lassen im Parlament ihre Kollegen dafür stimmen; während der langen Jahre ihres direkt politischen Wirkens verlieren sie nicht den Beamtenstatus mit seinen Privilegien und Beförderungen — das erscheint François Furet als ein nach Abschaffung rufender Missbrauch.

«*Dérive oligarchique*» ist der Titel unter dem im «*Le Débat*» vier Mitarbeiter diese Abweichung oder «Entgleisung» darstellen; Furet konstatiert, dass in Frankreich die Verbindung zwischen einer zentralisierten Verwaltung und einer Demokratie der Volksvertretung noch immer nicht gelungen sei. Der Imperativ der «République une et indivisible» verhindert die Erkenntnis, dass Macht wie in andern Demokratien aufteilbar ist. Ob die Reform der Regionalisierung Wandel schafft? Die dreigestaffelte Autorität: Staat, Region, Département ist eher eine bürokratische Knacknuss denn eine klarere Ver-

teilung der Kompetenzen und der Autorität.

Die öffentliche Meinung — wo wird sie so oft befragt und ermittelt wie von den französischen Meinungsinstituten? — scheint einem «centre» zuzuneigen, wie sie auch die Kohabitation Mitterrand-Chirac gut aufnahm; aber von der Gemeindewahl bis zur Präsidentenwahl drängen alle Mechanismen zur Polarisierung, und die Möglichkeit, diese dann auf Regierungsebene wieder zu verringern, bleibt begrenzt. Die jetzt zugezogenen Minister aus bürgerlichen Parteien waren in Wahlen erfolglos, ihnen ist jeweils ein sozialistischer Vizeminister beigesellt; eine Öffnung auf das verschwommene, aber doch in Parteien organisierte «centre» ist es nicht geworden. Dazu kommt die Abhängigkeit dieser Regierung von kommunistischer Zustimmung oder mindestens Stimmenthaltung. Die sozialistische Partei, unter ihrem von Mitterrand nicht gewünschten Sekretär Pierre Mauroy, setzt sich auch gegen das Elysée, gegen Rocard durch. Damit ist die «Oligarchie» durch «groupes de pression» nicht gemildert, nur im Reformwerk behindert. Die einzige Gewerkschaft von Gewicht ist diejenige des Unterrichtswesens, und bei ihr verbindet sich noch eine sonst als überholt geltende Ideologie mit reformhemmenden Interessen.

Kein Zufall, dass nicht der Unterrichts-, sondern der Premierminister diese nötigen Reformen des Schul- und Hochschulwesens formuliert.

Das sind nur einige Aspekte der französischen Besonderheit. Dazu kämen Eigenheiten der Aussenpolitik, auf die sich der Präsident konzentriert, vom Aussenminister Dumas, der seinem engen Freundeskreis angehört, unterstützt. Frankreich ist «atlan-

tischer» für die Bundesrepublik Deutschland als für sich selber — so könnte man einen Aspekt dieser Ausenpolitik definieren.

Jean-François Revel hat in «*Le Point*» bemerkt, dass es an klarsichtigen Analysen auch der Regierenden nicht fehle, aber dass zwischen Erkenntnissen einerseits und Verwirk-

lichung andererseits eine tiefe Kluft bleibt. Nicht die Analyse, die Umsetzung in die Praxis ist die Schwäche. Das Problem ist nicht «des Gedankens Blässe», sondern das Ausbleiben von Taten, die als notwendig erkannt sind, aber an Routinen und Sonderinteressen scheitern.

François Bondy

Was hat der Schweizer im Schlafzimmerschrank und auf dem Frühstückstisch?

Höchstwahrscheinlich Technik und Know-how aus Neuhausen am Rheinfall. Die stecknen im Sturmgewehr genauso wie in fast allen Butter- und Cornflakes- und Kaffee-Packungen. So bekannt nämlich hierzulande die SIG-Armeewaffe ist, so geschätzt sind SIG-Verpackungsmaschinen weltweit. Doch der Name SIG steht für noch mehr:

An rund 5000 Arbeitsplätzen im Stammhaus und in den Tochtergesellschaften in der Schweiz und im Ausland entwickeln und bauen die Ingenieure und Facharbeiter der SIG auch Drehgestelle für Schienenfahrzeuge, Stollenlokomotiven, Antriebssysteme, Bau- und Bergbaumaschinen, Werkzeugmaschinen und Transportgeräte.



**SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft
Neuhausen am Rheinfall**